

Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek Nein! zur Politik - Ja zur Hilfe!

Mitglied im Dachverband
Initiativen
für erfolgreiche
Integration
Hamburg



Hamburg, den 15.06.2016

Newsletter 11/2016

Liebe Unterstützer der Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek,

Es gibt GUTE Nachrichten. Wir möchten euch hiermit mitteilen, dass das Orga-Team der Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek nach einigen Verhandlungsrunden mit Senat und Politik eine Einigung über die Flüchtlingsunterbringung in unserem Stadtteil erzielt hat. Wichtigstes Ergebnis ist eine zeitnahe Reduzierung der Unterkunftszahlen auf 1.500 Plätze, sowie Regelungen zu integrativen und infrastrukturellen Begleitleistungen.

Damit sind die wesentlichen Ziele der Bürgerinitiative erreicht. Dies ist **EUER VERDIENST**. Wir danken allen Mitgliedern und Bürgern, die sich mit uns gemeinsam für diese Ziele eingesetzt haben.



Wir danken allen, die mit uns diskutiert haben, auf unseren Marktständen und den sechs Vollversammlungen. Wir danken allen, die mit uns demonstriert haben auf den vier Demonstrationen in Neugraben und den beiden Demonstrationen in der Innenstadt. Wir danken allen, die uns bei allen Veranstaltungen geholfen und unterstützt haben, die uns zu politischen Veranstaltungen begleitet und unsere Materialien verteilt haben.

IHR alle habt erreicht, dass der Stadtteil nun in ganz Deutschland bekannt ist, dass man auch im Hamburger Rathaus weiß wo dieses Neugraben-Fischbek liegt und dass wir die Aufmerksamkeit bekommen haben, die notwendig war als Verhandlungspartner aufzutreten.

Wir danken auch dem Dachverband, der den notwendigen Druck gebracht hat, damit die Stadt dies als Problem Gesamt Hamburgs ansieht, und mit der Volksinitiative ein Instrument ergriffen hat, welches die Gesprächsbereitschaft deutlich erhöhte. Das WIR in Neugraben-Fischbek, der Zusammenhalt der Einwohner in dieser Frage, hat der Bürgerinitiative ein starkes Mandat gegeben und nun zu einer Einigung geführt.



Aufbauend auf den 13 Punkte Plan der Bezirksversammlung Harburg wurde vereinbart:

- **Begrenzung der Unterkunft in „Am Aschenland II“ auf 1.000 Plätze.** Zusammen mit den Unterkünften „Am Aschenland I“ und „Cuxhavener Str.“ wird insgesamt eine Kapazität von 1.650 Plätzen für öffentlich-rechtliche Unterbringung in Neugraben-Fischbek aufgebaut.
- **Zum 30.06.2018** ist die Belegung aller öffentlich-rechtlichen Unterkünfte in Neugraben-Fischbek **dauerhaft auf 1.500 zu reduzieren.**
- Es werden **keine weiteren Unterkünfte** in Neugraben-Fischbek und Hausbruch errichtet.
- Für die Unterkünfte sind feste Lauf- und Schließzeiten vereinbart. Die Unterkunft „Am Aschenland I“ wird 5 Jahre, die Unterkunft „Am Aschenland II“ 10 Jahre nach Eröffnung geschlossen. **Die ZEA „Geutensweg“** wird, wie alle weiteren prekären Unterkünfte auch, schrittweise abgebaut und **ist spätestens am 30.06.2017 zu schließen.**
- Laufzeitverlängerungen können nur im Fall einer Flüchtlingssituation wie im Jahr 2015 verhandelt werden. Die ZEA ist 2 Jahre als Reserve (leer) vorzuhalten, danach wird diese sofort in bezirkliche Weiternutzung übergeben.
- Ein **Teil der Unterkunft** „Am Aschenland II“ wird als **gemischter Wohnungsbau** in mit einer Belegung für **300 Flüchtlingen** erstellt. Dies **entspricht den Forderungen der Volksinitiative** „Hamburg für gut Integration“.

Der Senat versucht ähnliche Vorhaben als Ersatz für die öRu „Cuxhavener Str.“ zu finden.

Zudem wurden zu prüfende Themen, aber auch konkrete Handlungen für Integrations- und Infrastrukturthemen, benannt:

- Schrittweise **Erhöhung der Präsenzstunden der Polizei** in Neugraben-Fischbek. Dazu sollen auch die zusätzlichen Ausbildungskontingente (100 Polizisten bis 2018) des 25 Punkte Plans (Drs. 21/2550) der Bürgerschaft Hamburg verwendet werden.
- Verwendung von Mitteln aus der Erhöhung der offenen Kinder- und Jugendarbeit (Drs. 21/3692) direkt in den Unterkünften. Dabei sollen im Rahmen der Laufzeit **1-2 Straßensozialarbeiter zusätzlich eingestellt** werden.
- **Prüfung eines kommunalen MVZ**, sofern bis Ende 2018 gezielte Maßnahmen keine Verbesserung der medizinischen Versorgung in Neugraben-Fischbek erreichen.
- Gute und gleichmäßige **Durchmischung in Schulen und KITAs**.
- **Stärkung der Aus- und Fortbildung** in Süderelbe.
- Prüfung und Planung von **Maßnahmen im öffentlichen Nahverkehr** und bei **Sportvereinen**

Die Mitglieder des Orga-Teams haben diese Vereinbarungen im Rahmen ihres Mandates aus den Zielen der Bürgerinitiative in einem Bürgervertrag festgehalten. Dieser Vertrag wurde heute von folgenden Personen unterzeichnet:

- Allen Mitgliedern des Orga-Teams Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek
- Dem 1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Olaf Scholz
- Vertreter des Senates Dr. Melanie Leonhard und Dr. Dorothee Stapelfeld
- Vertreter der Regierungskoalition der Hamburger Bürgerschaft Dr. Andreas Dressel und Dr. Anjes Tjarks
- Leiter des Bezirksamtes Harburg Thomas Völsch

Ein Bürgervertrag ist ein politischer Vertrag, der nicht die Verbindlichkeit eines regulären Vertrages hat. Jedoch wurden in der Vergangenheit Bürgerverträge seitens des Senats weitestgehend umgesetzt. Im Rahmen der Verhandlungen der Volksinitiative wird dieser Vertrag als Regionallösung einer möglichen Vereinbarung der Volksinitiative angehängt und erhält damit noch mehr Verbindlichkeit.

Mit diesem Vertrag nutzen wir nun die Chance auf eine endgültige Einigung, um dem Stadtteil die notwendige Ruhe zurückzugeben. Jetzt kommt es darauf an sich voll und ganz auf die Herausforderungen der kommenden Jahre zu konzentrieren: Der Integration der Flüchtlinge, dem Wachstum durch Wohnungsbau und die Stärkung der Infrastruktur.

Wir rufen alle Mitglieder auf, sich nun aktiv an der Integration der Schutzsuchenden in Neugraben-Fischbek zu beteiligen, um aus Neugraben-Fischbek, welcher zukünftig zu einem der 10 größten Stadtteile Hamburgs wächst, einen modernen, attraktiven und lebenswerten Ort zu machen.

Die Bürgerinitiative wird im Rahmen dieser Einigung ihren Namenszusatz **NEIN!** zur Politik, **JA** zur Hilfe! ablegen und möchte gemeinsam mit ihren Mitgliedern einen neuen Namenszusatz wählen. Dazu, und zur Vorstellung und Diskussion des Bürgervertrages, laden wir alle Mitglieder und Interessierte **am 22.06.2016, um 19:00 Uhr, ins Schützenheim Neugraben** zu unserer **7. öffentlichen Versammlung** ein.

Euer BINF-Orga Team

Email: mitmachen@binf-online.de

Web: www.binf-online.de

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek **NEIN!** zur Politik - **JA** zur Hilfe!

Twitter: BI NeugrabenFischbek

Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek, NEIN! zur Politik, JA zur Hilfe! wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt.